



LS.16.04-07-02-04-V01

ANTRAG Nr. 14/21

nach § 17 GeschO

Betr.: **Verabschiedung einer gemeinsamen Erklärung hinsichtlich einer Impfung gegen CoViD-19**

Eingebracht in die Sitzung der 16. Landessynode am

A. Beschluss vom

 Verweisung an

B. Beschluss vom

 Annahme: einstimmig mit Mehrheit bei Jastimmen, Neinstimmen, Enthaltungen AblehnungC. Antrag zurückgezogen
am

Die Landessynode möge beschließen:

Der Oberkirchenrat wird gebeten, die Überlegungen, die in der Stellungnahme „Gibt es eine moralische Pflicht zur CoViD-19-Impfung?“ formuliert wurden, in den synodalen Gremien zu erläutern und eine mit der Landessynode abgestimmte Erklärung für die Öffentlichkeit zu erstellen. Diese soll auch die ethische Diskussion um die gerechte globale Verteilung von Impfstoffen berücksichtigen.

Begründung:

In der Öffentlichkeit wird intensiv und kontrovers über die Impfung gegen CoViD 19 diskutiert. Das betrifft Fragen einer Impfpflicht, der Priorisierung einzelner Bevölkerungsgruppen und, ob aufgrund der Pandemie entzogene Grundrechte geimpften Personen früher wiederhergestellt werden können und müssen als nicht geimpften. Wie sind die Freiheit zur Entscheidung, ob man sich impfen lässt, mit den christlichen Werten der Nächstenliebe und Solidarität zusammen zu sehen? Die Impfungen gegen die globale Pandemie evozieren jedoch auch die Diskussion um eine gerechte globale Verteilung von Impfstoffen.

Stuttgart, 8. März 2021

1. Hans-Ulrich Probst
Bärbel Greiler-Unrath
Ines Göbbel
Ruth Bauer
Dr. Antje Fetzer

2. Ernst-Wilhelm Gohl
Ulrike Sämann
Heidi Hafner
Erhard Mayer
Holger Stähle

3. Hellger Koepff
Gabriele Mihy
Prof. Dr. J. Thomas Hörnig
Christiane Mörk
Yasna Crüseemann